

Kommunalwahlrahmenprogramm

"Es erscheint immer unmöglich, bis es vollbracht ist."

- Nelson Mandela

Die Menschheit steht vor einer Richtungsentscheidung. Die Corona-Krise hat tiefer liegende Probleme in unserer Gesellschaft sichtbar gemacht. Jahrelang wurde das Gesundheitssystem kaputtgespart und auf Profit getrimmt. Jahrelang wurde die Natur ausgebeutet und das Klima zerstört. Jahrelange wurden Löhne, Renten sowie Sozialleistungen gedrückt und Personal gestrichen, damit Superreiche ihre Gewinne absahnen können. Jahrelang wurde uns erzählt, wir müssten unsere Kommunen bis zur Handlungsunfähigkeit kaputtsparen, um die Schulden bei großen Banken zu bedienen. Um die Krisenschäden der Corona-Krise zu bezahlen, soll nun dieselbe neoliberale Politik mit ihrer Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen sowie ihren Demokratie- und Sozialkürzungen verschärft fortgesetzt werden. Die Spaltung zwischen Arm und Reich, die Klimakrise sowie das Erstarken rassistischer Kräfte würden sie so nur verschlimmern. Diese Politik ist nicht die Lösung, sie ist das Problem - Schluss damit!

Was wir brauchen sind handlungsfähige und damit ausfinanzierte Kommunen, gute sowie für alle zugängliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, den Ausbau des Nahverkehrs bis aufs Dorf, bezahlbaren und komfortablen Wohnraum, sowie die Instandsetzung unserer Schulen. Wir wollen politische Mitbestimmung nicht nur bei Wahlen und wir wollen die öffentliche Daseinsvorsorge wie Bus, Strom, Wasser und Gesundheit zurück in die öffentliche Hand. Wir wollen unsere Umwelt erhalten und dezentral saubere Energie schaffen, für lebenswerte Städte und Gemeinden im satten Grün, mit sauberer Luft und klarem Wasser. Wir stellen uns entschieden gegen jede Form von Rassismus und lassen niemanden zurück. Gemeinsam und solidarisch mit dem lebendigen Teil der Zivilgesellschaft, mit Gewerkschaften, Bewegungen und Verbänden, in den Gremien der Gemeinden, Städte und Kreistage wirken wir für einen sozialen, ökologischen sowie friedenspolitischen Systemwechsel, hin zum demokratischen Sozialismus.

Wir sind Beschäftigte die Wert schaffen, Solo- und Kleinunternehmer*innen mit kreativen Ideen, Rentner*innen sowie Erwerbslose, die sich nicht die Würde nehmen lassen und Jugendliche, die für ihre Zukunft kämpfen. Ein politischer Richtungswechsel lässt sich nicht allein auf parlamentarischer Ebene durchsetzen. Er kann nur gelingen in einem Wechselspiel politischer Auseinandersetzungen im außerparlamentarischen und im parlamentarischen Bereich. Wir definieren die kommunalen Parlamente nicht als Selbstzweck, sondern als Möglichkeit, den außerparlamentarischen Bewegungen weitere Kraft zu verleihen. Ausgehend von ihrer Funktion als linke Partei, bringt DIE LINKE. ihre eigenen Kompetenzen ein und unterstützt sie mit ihren Ressourcen. Wir diskutieren miteinander, lernen mit- und voneinander und mischen uns ein. Nur gemeinsam können wir die Welt verändern.

Wählen Sie daher am 12. September nicht nur DIE LINKE., wählen Sie vor allem selbst aktiv zu werden!

Frieden und Antimilitarismus

"Ein kluger Kopf passt unter keinen Stahlhelm"

- Albert Einstein

Ohne Frieden ist keine Krise der Welt zu lösen – weder Klimakatastrophen, noch Hungersnöte oder Pandemien. Auch weltweite Vertreibung und Flucht von Millionen Menschen aus ihrer Heimat ist ohne Frieden nicht zu stoppen.

Und obwohl die überwältigende Mehrheit der Menschen – als Lehre aus der Geschichte – Krieg ablehnt, wird in Medien und von allen anderen Parteien noch immer massiv für Militär und Rüstung geworben. Letztere wird immer deutlicher als unverzichtbares Wirtschaftspotential und technologischer Fortschritt gefeiert.

DIE LINKE. kämpft dagegen für eine Friedenskultur: Verharmlosende Werbekampagnen der Bundeswehr, kriegspropagandistische Traditionen, Ehrenfeiern und Denkmäler der militärischen Erinnerung, aber auch öffentliche PR für militärische Industrieprojekte gehören in unseren Augen der Vergangenheit an. Die parlamentarisch durchgesetzten Exportverbote für Rüstungsprojekte in Kriegsgebiete sollen ausnahmslos und konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Bundeswehr raus aus Schulen und kommunalen Ämtern
- Das Ende militärischer Rituale im Landkreis
- Kriegsdenkmäler, Gedenktafeln und militärische Erinnerungsstätten mit Informationen ausstatten, die deren kritische Einordnung ermöglichen. Gedenkstätten und Ehrenplätze für Widerstandskämpfer*innen mit historischem Material über deren Beziehung zu Opfern und Täter*innen ausstatten
- Schulen und Bildungseinrichtungen wie z.B. die VHS sollen durch Friedensfachkräfte friedliche Konfliktbewältigung und ziviler Widerstand zu Schwerpunktthemen machen
- Kein Werben fürs Sterben bei der jährlichen "Ausbildungsmesse"

Antirassismus und Antifaschismus

"Wer Rassismus als freie Meinungsäußerung versteht, hält die Diktatur für einen Intelligenztest"

- Justus Vogt

Bei der Polizei, auf dem Mietmarkt oder in Werbekampagnen: Der Rassismus in Deutschland wächst und reicht weit hinein in Milieus, die sich sonst gerne als liberal und weltoffen bezeichnen.

Wir wenden uns gegen alle rechtsextremen Kräfte, die ethnische und religiöse Minderheiten als Feinde der demokratischen Gesellschaft anklagen und mit Hass und Hetze verfolgen. Wir kämpfen gegen jede rassistische Aktivität. Wir stellen uns jeder Form von Fremdenfeindlichkeit entschlossen entgegen.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Unterstützung lokaler Bündnisse gegen Rechts
- Nutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Verfolgung und zum Verbot rechtsextremer und neofaschistischer Aktivitäten
- Unterstützung des Rechtsschutzes der Juden in Deutschland und für alle im Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zusammengeschlossener Vereine
- Verweigerung der Vergabe kommunaler Räume an fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische, sexistische, homophobe oder anderweitig diskriminierende Parteien und Gruppierungen

Unterstützung Geflüchteter

"Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen."

- Allgemeine Erklärung der Menschenrecht Art. 14

Weltweit sind mehr als 75 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung und der imperialistischen Ausbeutung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen. Sie brauchen unsere bedingungslose Solidarität.

Die Fremdenfeindlichkeit hat in Deutschland erneut zugenommen, unterstützt durch Massenmedien wie die "Bild" und rechtsextreme Gruppierungen und Parteien, die den Diskurs immer weiter nach rechts verschieben. Im Landkreis sind die Zahlen der Abschiebungen von 2019 bis 2020 ebenso auffällig gestiegen (von 3 auf 8) wie die Zahlen der Einbürgerungen im gleichen Zeitraum gesunken sind (von 26 auf 15).

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Landesmittel zur Unterstützung von Flüchtlingshilfen und allen Formen der Integration. Sie sollen ausschließlich für die vom Land bezeichneten Zwecke verwendet werden. Sie dürfen nicht dazu dienen, irgendwelche anderen Haushaltslöcher zu stopfen.
- Der Landkreis Lüchow-Dannenberg tritt dem Bündnis der bisher 235 Kommunen und Städte bei, die sich als "Sichere Häfen" bereit erklären, aus Seenot gerettete Flüchtende sofort aufzunehmen
- Unterstützung der Kampagne „10.001 neue Wendländer*innen“
- Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Flüchtlingshilfe und Beratungseinrichtungen, z.B. ZufluchtWendland. (Der Landkreis auf Anfrage dazu: „Unsere Unterstützung erfolgt hier auf einer eher ideellen Ebene“)
- Keine Abschiebungen mehr aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg
- Die Einstellung von Integrationsräten in der Kreisverwaltung
- Unbürokratische und migrationsoffene Zugänge zu Kita-Plätzen, Schulen, beruflicher Ausbildung im Landkreis

Soziale Gerechtigkeit und würdevolles Dasein

"Für den Mittellosen ist das Paradies die Hölle"

- Bertolt Brecht

Immer mehr Menschen befinden sich in unsicheren Arbeitsverhältnissen und können von ihrer Arbeit nicht leben. Sowohl Betriebe als auch Gemeinden haben Arbeitsbereiche ausgelagert und an private oder Tochterunternehmen übergeben. Diese Auslagerungen von wichtiger Arbeit führte dazu, dass die Löhne z. B. von Reinigungskräften sanken und sie sich in unsicheren Arbeitsverhältnissen wiederfanden. Die Sparpolitik der letzten Jahren wurde auf dem Rücken von Menschen ausgetragen, die gesellschaftlich wichtige Arbeit ausüben, von dieser Arbeit aber kaum noch ihr Leben bestreiten können. Hartz IV gehört durch eine Grundsicherung ersetzt, die ihren Namen verdient.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist auf soziale Standards wie die Einhaltung des Mindestlohns und auf Tariftreue zu achten.
- Die Wiedereingliederung von Arbeitsbereichen, wie Reinigung in die Kommune und entsprechend eine Bezahlung und Absicherung nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes
- Bezuschussung von Mitgliederbeiträgen von Sport- und Freizeitvereinen für Menschen mit geringem oder ohne Einkommen und deren Kinder

Wohnen

Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundbedürfnis für alle Menschen. Leider steigen aber auch bei uns im Landkreis die Mieten extrem.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Den Erhalt und die Förderung kommunaler Wohnungsbaugenossenschaften und damit einhergehend eine nachhaltige Aufstockung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau
- Verbindliche Vorgaben an Bauinvestoren, einen größeren Teil der neuen Wohnungen als Sozialwohnungen bereitzustellen
- Förderung und Unterstützung alternativer Wohnformen wie Genossenschaften und anderer kollektiver Wohnformen
- kein Verkauf kommunaler Flächen an private Inverstor*Innen
- Wohnraumkonzept für sozialen Wohnungsbau

Kultur

"Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an der Kultur der Menschheit hat"

- Rosa Luxemburg

Kultur ist kein Luxus. Sie ist ein unverzichtbarer Teil der Lebensqualität, die für alle Menschen erreichbar sein muss. Kulturelle Existenz in Deutschland ist keine Ausstattung, die eine Nation sich leistet, sondern sie ist eine Vorleistung, die allen zugute kommt. Eine so verstandene Kultur ist nicht allein Standortfaktor, sondern Ausdruck von Humanität. Da die Werbung für den Landkreis als Investitionsstandort und Tourismusmagnet immer wieder das hohe kulturelle Angebot in Lüchow-Dannenberg herausstreicht, sollte den kulturellen Aktivitäten des Kreises vor allem mehr Mittel im Haushalt bereitgestellt werden.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Finanzielle Förderung kultureller Institutionen wie Museen, Bibliotheken, Veranstaltungsräume, die keine oder nur sehr geringe Unterstützung aus Landesmitteln erhalten
- Anerkennung und Förderung von Kulturellen Veranstaltungen durch wohlwollende und unterstützende Beratung der Behörden
- Finanzielle Unterstützung der Pflege des kulturellen Erbes, Förderung des Denkmalschutzes und des Brauchtums wie finanzielle Hilfe für heimatkundliche Aktivitäten, beispielsweise Archäologie im Kreis,
- Wiedereinstellung eines Kreisarchäologen
- Kommunale Förderung für Künstler*Innen und nicht nur deren Organisationen mindestens zu verdoppeln (Im letzten Haushalt betrug die Förderung lediglich 0,025% des Kreisetats)
- Kommunale Förderprogramme für die von der Corona-Pandemie betroffenen Kulturschaffenden
- Einen einmal im Jahr tagenden Kulturkreistag auf dem Landkreisverwaltung, kommunale Vertreter*Innen und Künstler*Innen ausschließlich das Thema Kultur beraten – das heißt, die Situation der Kultur im Landkreis zu bilanzieren

Gute Bildung für Alle - ein Leben lang

„Bildung ist die mächtigste Waffe, um die Welt zu verändern.“

- Nelson Mandela

Für die mündige Teilhabe an unserer Gesellschaft ist gute und gründliche Bildung nötig, unabhängig vom Geldbeutel und von der Bildung der Eltern.

Wir wollen Schulen, die nicht das Wettbewerbsdenken, sondern ein solidarisches Miteinander fördern.

Antifaschismus, Toleranz und Antirassismus sowie basisdemokratische Mitbestimmung sollten hier vorgelebt und eingeübt werden.

Schulen sind meist unterfinanziert, es fehlen Lehrkräfte und genügend Räume (z.B. Gruppenräume für jedes Klassenzimmer). Manche Schulgebäude sind sanierungsbedürftig.

Die Arbeitssituation, besonders die der Teilzeitlehrkräfte muss dringend verbessert werden.

Schule muss ein Ort sein, an dem alle gut und gerne arbeiten können. Schule sollte allen Spaß machen und keine Quälerei sein.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- wohnortnahe Schulen
- genügend Räume
- kostenlose, gesunde, warme Mittagessen, möglichst aus regionaler Herkunft
- vom Land Niedersachsen kostenlose Lernmittel für alle
- kostenfreie Hausaufgabenhilfe
- Sanierung aller baufälligen Schulen
- Überhang an Lehrkräften für Vertretung, die quasi immer anfällt
- mehr Sozialarbeiter*innen in sicheren Beschäftigungsverhältnissen an allen Schulformen
- ein Lüftungssystem, das Unterricht in Pandemiezeiten erleichtert
- dauerhaft gesicherte Schulbegleitung, bei Land oder Landkreis angestellt oder in der Hand von Sozialverbänden
- die prekäre Beschäftigung der Schulbegleitung zu beenden
- Schulanfangszeiten, die dem natürlichen Lebensrhythmus der Kinder und Jugendlichen angepasst sind
- den Ausbau des VHS- und Musikschulangebots mit kostenfreien Kursen für Menschen mit geringem Einkommen

Kinder und Jugend

Kindheit und Jugend sind nicht nur die Wartezeit bis zum Erwachsenenleben, sondern die wichtige Zeit, in der Menschen sich inner- und außerhalb der Schule bilden und entwickeln, in der Menschen ihre Überzeugungen finden und selbstständig werden. Das Zusammensein mit anderen Kindern, sowohl in Bildungseinrichtungen als auch in der Freizeit, vermittelt Akzeptanz und bereitet die jungen Menschen darauf vor, ein eigenständiger Teil einer sich ständig verändernden Gesellschaft zu sein. Leider haben viele Kinder und Jugendliche aus finanziell benachteiligten Familien nicht die Möglichkeit, außerhalb der Schule ein Instrument zu lernen, in einem Sportverein Mitglied zu sein oder Nachhilfe zu bekommen. All das trägt dazu bei, dass von Armut betroffene Kinder in ihrem ganzen weiteren Leben benachteiligt sind. Diese Probleme können nicht komplett auf kommunaler Ebene gelöst werden, aber wir sollten alles in unserer Macht stehende tun, um allen Kindern eine gute Gegenwart und Zukunft zu ermöglichen.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- gebührenfreie Kita- und Krippenplätze
- bis zur haushaltspolitischen Machbarkeit fordern wir eine prozentuale Bemessung nach Einkommen ohne Deckelung für Besserverdienende
- Abschaffung der Bittstellerdegradierung und Bürokratiegängelung von einkommensschwachen Familien
- Gleichbehandlung aller Familien
- Vereinfachung der Bürokratie durch Veranlagung durch einen Lohnsteuerbescheid oder Jahreseinkommensbescheinigung
- kostenlose Mittagsverpflegung in allen Kitas, möglichst aus regionaler Herkunft
- die finanzielle Förderung der Jugendzentren zu verbessern
- mehr Spielplätze und Skateparks, die regelmäßig gepflegt werden
- Bezuschussung von Mitgliedsbeiträgen von Sportvereinen für finanziell benachteiligte Kinder

Nachhaltige Mobilität und Verkehrswende

Menschen sollten unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können – und das ökologisch.

In Lüchow-Dannenberg sind jedoch nur etwa die Hälfte der Einwohner*innen an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angebunden. In vielen Ortsteilen und Gemeinden existiert mit Ausnahme des Schulbusses keine Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Wir wollen jedoch nicht nur das ÖPNV-Angebot dort aufbauen, wo es noch keines gibt, sondern auch dort ausbauen, wo der Bus zwar fährt, aber zu selten kommt.

Doch Mobilität ist nicht nur Bus und Bahn. Dazu gehört auch ein ausreichendes und sicheres Netz an Rad- und Fußwegen. Fahrradfahren produziert weder Lärm, noch werden dadurch gesundheits- und klimaschädliche Abgase ausgestoßen, was das Leben in Dorf und Stadt angenehmer macht. Die für den Radverkehr notwendige Infrastruktur beansprucht nur wenig öffentlichen Raum und ist günstig für die öffentliche Hand.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken wie Dannenberg-Lüchow-Wustrow-Salzwedel und von Dannenberg-Uelzen und den Betrieb der Strecke Dannenberg-Hitzacker-Göhrde-Lüneburg mit engerem Takt, so wie es während der KLP bereits praktiziert wird.
- mehr umweltfreundliche Busse im ländlichen Raum
- Kostenloser ÖPNV für alle Nicht- und Geringverdiener*innen, für Kinder und Senioren sowie Menschen mit Behindertenausweis
- Förderung wohnortnaher / dezentraler Versorgung mit Lebensmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs sowie der ärztlichen und medizinischen Grundversorgung

- Das Radwegenetz weiter ausbauen und erneuern
- Weitere 30er Zonen und verkehrsberuhigte Zonen schaffen, damit besonders Kinder besser geschützt werden und zum Lärmschutz
- Kein weiterer Ausbau der Automobilinfrastruktur

Erneuerbare Energien

"Kommunen profitieren vom Ausbau Erneuerbarer Energien umso stärker, je mehr Schritte sie vom Bau bis zum Betrieb der Anlagen übernehmen"

- Steven Salecki

Die Energiewende braucht Akzeptanz. Akzeptanz erreichen wir nicht durch große Energieparks, die die Umwelt und Natur belasten, sondern durch menschnahe, dezentrale und ökologische Energieproduktion. Außerdem muss der Konsum der Energie reduziert werden.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- die flächendeckende Nutzung von Photovoltaik und Solarthermie auf öffentlichen Gebäuden
- die Nutzung der Abwärme von Industrieanlagen, landwirtschaftlichen Betrieben und größeren Einrichtungen für die kommunale Wärmeversorgung
- keine Errichtung von Windkraftanlagen im Wald (siehe bisherige Regelung in Niedersachsen)
- die Nutzung von Bioenergie aus Abfallprodukten der Landwirtschaft
- die Festschreibung einer verbindlichen Nutzung von Solarthermie und Photovoltaik für Neubaugebiete im Bebauungsplan
- die Beteiligung der Mieter*innen an den Einspeisevergütungen für Stromerzeugung durch Photovoltaik (Modell Mieter*innenstrom)
- effektive Wärmedämmmaßnahmen mit ökologischen Materialien für alle öffentlichen Gebäude und Neubaugebieten mittels Bebauungsplanvorschriften
- die Errichtung von Windkraftanlagen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand
- Erzeugung von grünem Wasserstoff aus überschüssiger Windkraft in kommunaler bzw. genossenschaftlicher Hand – „power to gas“
- das Ende von Stromsperren, da Elektrizität eine Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe darstellt
- keine Reduzierung der Schutzbedürfnisse von Anwohner*Innen, Natur und Landschaft bei Bau und Repowering von Windkraftanlagen

Klima und Umwelt

"Wenn wir in 50 Jahren feststellen würden, dass sich doch alle Wissenschaftler geirrt haben und es keine Erwärmung gibt, hätten wir völlig umsonst dafür gesorgt dass man in den Städten die Luft wieder atmen kann, dass Autos weder Krach machen noch stinken, dass die Flüsse nicht mehr giftig sind und dass wir nicht mehr abhängig sind von Diktatoren und deren Ölvorkommen. Da würden wir uns schön ärgern."

- Marc-Uwe Kling

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg will 2050 klimaneutral sein. Zu diesem Zeitpunkt werden jedoch mehrere Kippunkte der Klimakrise erreicht sein und sich die Erde unkontrolliert weiter erhitzen.

Es wird höchste Zeit, dass der Landkreis seine ehemalige Vorreiterrolle in Sachen Klima- und Umweltschutz wieder einnimmt und sich verpflichtet, bis **spätestens 2026** klimaneutral zu sein.

Außerdem hat der Mensch durch sein Verhalten in den letzten Jahrzehnten ein extremes Artensterben verursacht, das mittelfristig die Landwirtschaft und somit die Ernährungsgrundlage aller Menschen gefährdet. Die Landwirtschaft selbst hat dabei sowohl das Potenzial, die Krisen zu verschärfen, als auch maßgeblich zu deren Lösung beizutragen.

Um die Bäuer*Innen vor noch mehr Dürren, die Gebiete an der Elbe vor Hochwasser und alle Menschen vor verheerenden Hitzewellen zu schützen und das Artensterben so weit es geht aufzuhalten, müssen umgehend radikale Maßnahmen ergriffen werden.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- Entsiegelung von Flächen und Schaffen von Kaltluftschneisen
- Verkehrswende
- Erhalt und Renaturierung von Mooren und kohlenstoffreichen Böden als CO₂-Senke
- Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und neuen Arten der Landwirtschaft wie Paludikultur, Agroforst, Solidarische Landwirtschaft (Solawis)
- Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen, sowie Photovoltaikanlagen
- Verbot des Wegwerfens genießbarer Lebensmittel - Unterstützung von Tafeln und Foodsharing-Initiativen
- intelligentes Zurückfahren von Ressourcenverbrauch und Konsum
- Aufforstung von hitzeresistenten Mischwäldern
- neue Waldbrand-Präventions- und -Bekämpfungskonzepte

Gleichstellung und Teilhabe ohne Ausnahme

"Die Gleichstellung der Frau ist erst dann erreicht, wenn völlig inkompetente Frauen wichtige Posten besetzen."

Ursula von der Leyen

Die Vision der LINKEN ist eine Gesellschaft, in der der Anspruch des Grundgesetzes verwirklicht wird, dass alle Menschen als gleichwertige Mitglieder dieser Gesellschaft behandelt werden. Jede Form von Diskriminierung, Gewalt, Sexismus, Ausgrenzung oder Beleidigung gegen Frauen, Schwule, Lesben, Transgender und Bi- und Intersexuelle oder auch aufgrund von Behinderungen, Alter, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung müssen entschieden bekämpft werden.

Die Gleichheit von Männern und Frauen vor dem Gesetz wurde von der Frauenbewegung hart erkämpft, aber die Lebenspraxis von Frauen sowie queeren Menschen bleibt in unserer Gesellschaft immer noch weit dahinter zurück. Wir wollen eine gleiche Teilhabe aller Menschen an allen Gütern, Kultur, Bildung und Gesundheit.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen
- geschlechtergerechte Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst sowie die Quotierung der Geschlechter in allen kommunalen Entscheidungsgremien
- Aufwertung von bezahlter und unbezahlter Sorgearbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit
- Konsequenz gegen Gewalt an Frauen, Kindern und Jugendlichen
- genügend ausreichend ausgestattete und sicher finanzierte Beratungsstellen für Frauen, Kinder und Jugendliche (Frauenhäuser, Violetta etc.) mit mindestens vier Vollzeitstellen für Beratung und Präventionsarbeit sowie eine Verwaltungsstelle
- bedarfsgerechte Unterbringung für weibliche und queere Geflüchtete

Gemeinsam mit Corona

„Was alle angeht, können nur alle lösen.“

- Friedrich Dürrenmatt

Seit mehr als einem Jahr beschäftigt uns die Pandemie. Ein Ende ist nicht in Sicht. Auf der einen Seite läuft das wirtschaftliche Leben in Großbetrieben weiter. Viele große Konzerne profitieren von der Krise, andere werden mit Milliardenhilfen von Staat unterstützt. Besonders freut das die Aktionäre, die dennoch Dividenden ausgeschüttet bekommen. Für Lufthansa und Militär ist genug Geld da, an Lüftungssystemen für Schulen und Kitas wird gespart. Auf der anderen Seite sind Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie massiv von den Lockdownschließungen betroffen. Das kulturelle, sportliche und gesellschaftliche Leben liegt am Boden. Nach Feierabend sind Arbeitnehmer*innen plötzlich Bürger*innen, die als mögliches Infektionsrisiko gelten und

massiv in ihren Grund- und Freiheitsrechten eingeschränkt werden.

Die sozialen Härten nehmen weiter zu, die Spaltung der Gesellschaft wächst zwischen privilegierten Menschen (mit Garten, Laptop und Auto, um ins Grüne zu fahren) und Menschen, die in engen Wohnungen Angst haben, ihr Räume zu verlassen. Wir wollen uns nicht lähmen lassen, sondern weiter politische und gesellschaftliche Freiräume schaffen und dabei achtsam mit den gefährdeten Mitmenschen umgehen.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- jeder Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte muss vom Parlament debattiert, entschieden und kontrolliert werden. Dies gilt auch für die kommunalen Parlamente
- alle Maßnahmen der Pandemiebekämpfung müssen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen und Maßstäben regelmäßig und der Region angemessen auf ihre Verhältnismäßigkeit und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft geprüft werden
- sie sollen befristet sein und nur von den Parlamenten verlängert werden können
- genügend Personal fürs Gesundheitsamt statt Soldaten als Hilfskräfte
- Corona-Beiräte zu schaffen (Beispiel Augsburg)
- lokale Bedürfnisse zu berücksichtigen
- zügig und ausreichend Menschen in unserem Landkreis, die von sozialer Härte betroffen sind, angemessen finanziell zu unterstützen

Entprivatisierung und Mitsprache auf allen Ebenen

"Demokratie heißt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen"

- Max Frisch

Bürger*innenbeteiligung

Lokale Initiativen und Gruppen finden in vielen Kommunen nur schwer Gehör.

Ehrenamtliches Engagement bereichert unser Leben, gleichwohl ist es kein Ersatz für Leistungen, die die Kommunen nicht mehr erbringen können oder wollen.

Die Linke tritt dafür ein, dass Beteiligung von Gruppen und Initiativen ermöglicht und gefördert wird.

Für den Kreis Lüchow-Dannenberg fordern wir:

- eine gleichberechtigte, partnerschaftliche und barrierefreie Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und den Einwohner*innen auszubauen.
- eine gesetzliche Pflicht, dass mittel- und langfristige Planungen bereits im Vorfeld mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden müssen.
- transparente Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen

- Projekte, die ehrenamtlich betreut werden, müssen ausreichend finanziell unterstützt werden
- das Dannenberger Krankenhaus zu entprivatisieren
- Glasfaserausbau überall
- Förderung des nachhaltigen Tourismus

Entprivatisierung

Es ist Zeit für einen Systemwechsel in der Krankenhauspolitik, der sich am Gemeinwohl orientiert und den ökonomischen Druck von den Krankenhäusern nimmt. Der Zweck eines Krankenhauses ist nicht, Profite zu erwirtschaften, sondern die Bevölkerung bedarfsgerecht zu versorgen.

Die Linke fordert eine Entprivatisierung des Dannenberger Krankenhauses und mehr Personal für die Versorgung der Menschen.

Die Welt ist in Bewegung - wir nutzen diese Energie für einen nachhaltigen Wandel:

Für einen demokratischen Sozialismus – gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!